

4/1994

Helmut Kohl in Washington

Durch Partnerschaft den Frieden sichern

Dem „engen und vertrauensvollen Schulterschluß mit unseren amerikanischen Freunden“ habe einmal mehr sein Besuch in Washington gegolten. „Unsere Auffassungen stimmen in wirklich wesentlichen Fragen überein.“ Und: „Wir werden, wie das bisher auch war, sehr intensiv an der Abstimmung unserer Überzeugungen arbeiten.“

Mit diesen Worten resümierte Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Pressekonferenz am 31. Januar in Washington die Bedeutung seines kurzen Aufenthalts in den Vereinigten Staaten und formulierte als konkretes Ziel: nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Partnerschaft mit denjenigen Ländern zu schließen, die nach Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft jetzt dabei seien, demokratische Strukturen und eine marktwirtschaftliche Ordnung aufzubauen.

Dokumentation

- Deshalb sind die Renten sicher. Rentenversicherung durch die Rentenreform 1992 auf die neuen Herausforderungen eingestellt. Grüner Teil.



Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Bill Clinton wollen die Reformversuche in Rußland weiter unterstützen.

Foto: ap

Denn Stabilität und Frieden in Europa könnten wirklich nur dann gesichert bleiben, wenn zugleich auch die Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa gefördert würden. Das von den NATO-Staaten beschlossene Programm „Partnerschaft für den Frieden“ müsse deshalb so schnell wie möglich umgesetzt werden. Schon Ende Februar trafen sich die G-7-Finanzminister unter Vorsitz von

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Bundesminister Theo Waigel in Deutschland und würden konkrete Hilfen für Reformen durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank beraten.

Dabei sei er sich mit dem amerikanischen Präsidenten einig, daß nur Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden könne, die eigentlichen Entscheidungen und Fortschritte aber in Rußland selbst zu erfolgen hätten.

Für die Bundesregierung legte der Kanzler Wert darauf, hier auch klar zu sagen: Wir sind an der Obergrenze unserer Belastung angelangt. Wie eine Ausarbeitung der Kanadier zeige, liege Deutschland mit seinen Pro-Kopf-Zusagen an die Länder der ehemaligen Sowjetunion bei 485 Dollar, während Kanada mit 73 Dollar folgt.

Gemeinsamer Wunsch von Helmut Kohl und Präsident Clinton sei es auch, daß die Moskauer Vereinbarung über die Vernichtung von Nuklearwaffen schnell in die Tat umgesetzt und die entsprechende Vereinbarung auch vom ukrainischen Parlament so schnell wie möglich unterstützt werde.

Was die Lage im ehemaligen Jugoslawien betrifft, waren sich der amerikanische Präsident und Bundeskanzler Helmut Kohl darüber einig, daß das vorrangige Ziel die humanitäre Versorgung der Bevölkerung sei.

Bei der Suche nach baldigen politischen Lösungen müßten Europäische Union und die Vereinigten Staaten noch enger zusammenarbeiten als bisher. Denn was bisher geschehen sei, sei absolut unbefriedigend.

Was aber mit Sicherheit aus historischen Gründen der Jahre 1941 und 1945 — auch bei einer veränderten Verfassungslage in Deutschland — nicht denkbar sei, ist nach Auffassung des Bundeskanzlers, daß deutsche Truppen in diesem Teil der Welt erscheinen könnten.

Ein ganz spezielles Engagement der Deutschen für diesen Teil der Welt ergebe sich ganz von selbst: Fast 800.000 Menschen seien mit einem jugoslawischen Paß nach Deutschland gekommen, um dort zu arbeiten, und mit fast 300.000 Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien habe die Bundesrepublik bisher doppelt so viele Menschen aufgenommen wie der gesamte übrige europäische Gemeinschaftsraum.

● Sozialdemokraten

Generalsekretär Peter Hintze: Rau weicht der entscheidenden Frage in der „SED-Wahlhilfe-Affäre“ aus. Seite 3

Wolfgang Schäuble: SPD muß in der Wirtschaftspolitik endlich Farbe bekennen.

Seite 4

● CDU/CSU

Fahrplan zur Umsetzung des Aktionsprogramms. Seite 6

● Gegenüberstellung

Wider den „Arbeitsamtssozialismus“. Karl Schiller ent-

HEUTE AKTUELL

zaubert das SPD-Wirtschaftsprogramm. Seite 8–11

● Innere Sicherheit

SPD-Entwurf zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ist verfassungswidrig. Seite 12

● Wohnungsbau

Wir müssen im sozialen Wohnungsbau noch in diesem Jahr die nötigen Reformschritte gehen. Seite 16

● Ungebogenes Leben

Union einigt sich auf Bera-

tungskonzept zum Schutz des Ungeboarten Lebens. Seite 18

● Wahlkampf

Generalsekretär Peter Hintze: Die CDU will sich an einem Fairneß-Abkommen beteiligen. Seite 23

● Landtagswahl

Niedersachsen: Über 50 Prozent der Bürger wollen einen Neuanfang. Seite 24

● Öffentlichkeitsarbeit

Materialien zur Bildungspolitik und zur Schnuppermitgliedschaft. Seite 26–27

Generalsekretär Peter Hintze:

Rau weicht der entscheidenden Frage in der „SED-Wahlhilfe-Affäre“ aus

Zu den Erklärungsversuchen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau in der „SED-Wahlhilfe-Affäre“ erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Wie aus den von der ARD vorgelegten Dokumenten zur „SED-Wahlhilfe-Affäre“ eindeutig hervorgeht, hat sich das SED-Regime einiges von einer Regierungsübernahme durch die SPD in Bonn versprochen.

SPD macht's möglich

Der damalige Kanzlerkandidat Johannes Rau ließ es sich nicht nehmen, das Verhandlungsergebnis in Sachen Asylbewerber-Stopp am 18. September 1986 öffentlich zu präsentieren; am darauffolgenden Tag wurde dies in einem SPD-Flugblatt „SPD macht's möglich“ öffentlichkeitswirksam genutzt.

Die entscheidende Frage an Johannes Rau lautet heute: Hat Johannes Rau Egon Bahr beauftragt, dem SED-Unrechtsregime einen Kurswechsel in der Frage der Staatsbürgerschaft für den Fall eines SPD-Wahlerfolgs anzubieten?

Es ist interessant, daß alle Erklärungen Raus diesen zentralen Punkt nicht berühren.

Statt dessen erfolgen breite Ausführungen über das damalige große Interesse der SPD an „einem kulturellen Austausch mit der DDR“.

Die entscheidende Frage sollte Johannes Rau insbesondere unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern noch vor dem 23. Mai 1994 beantworten.

2300 Anträge zum neuen Grundsatzprogramm: Die CDU ist alles andere als politikmüde

Insgesamt 2 300 Anträge zum neuen Grundsatzprogramm machen deutlich, daß die CDU alles andere als politikmüde ist.

Auf einer Sitzung der Antragskommision am 31. Januar hat Generalsekretär Peter Hintze die intensive Beteiligung der Partei als einen großen Erfolg der Grundsatzprogramm-Diskussion bezeichnet.

Landesverbände, Bezirksverbände, einzelne Parteigliederungen und vor allen Dingen viele, viele Kreisverbände strafen mit ihren Beiträgen alle diejenigen Lügen, die behauptet haben, die Partei habe keine Zeit zur Diskussion oder sei daran nicht interessiert. Peter Hintze: Aus der intensiven Arbeit der Partei sind sehr, sehr gute Anträge hervorgegangen.

Wolfgang Schäuble:

SPD muß endlich Farbe bekennen

Zu den Gesprächen, die die SPD am 31. Januar mit Vertretern der Wirtschaft geführt hat, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:

Es wird höchste Zeit, daß die SPD endlich ihre konkreten Alternativen zu den drängenden Fragen von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung offenlegt. Wenn die heutigen Gespräche der Sozialdemokraten mit Vertretern der Wirtschaft dazu einen Beitrag leisten, hätte sich der Aufwand ja noch einigermaßen gelohnt. Allerdings legen die Äußerungen führender SPD-Politiker, insbesondere des Parteivorsitzenden Rudolf Scharping, eher den gegenteiligen Schluß nahe.

Bis heute hat die SPD alle konkreten Antworten zur Sicherung der Zukunft des Standorts Deutschland verweigert. Stattdessen werden allgemeine Erklärungen abgegeben, die in jeder nur denkbaren Richtung interpretierbar sind. Wenn dann aber einmal etwas genauer Stellung genommen wird, brechen sofort eklatante Widersprüche auf. Rudolf Scharping bringt es sogar fertig, in einem Interview mit der BILD-Zeitung zu versprechen, die Steuern würden von der SPD nicht erhöht, um einen Satz weiter zu verkünden, die Bezieher höherer Einkommen (wer ist das eigentlich?) müßten „steuerlich deutlich höher belastet werden“. Das ist nicht nur ein Nachweis von Inkompetenz, es ist schlicht unseriös.

Festzuhalten ist, daß die SPD bisher bei maßgeblichen Entscheidungen zur Sicherung des Standorts Deutschland ihre konstruktive Mitarbeit verweigert hat. Zu keiner der anstehenden Reformen hat sie in

der Sache einen erkennbaren Beitrag geleistet. Das gilt für die Bahnreform ebenso wie für die Postreform und die Neufassung des Gentechnikgesetzes. Stattdessen hat die SPD ein ums andere Mal verzögert oder blockiert.

Nach wie vor ungeklärt ist das Verhältnis der SPD zum notwendigen Energiekonsens. Gerade die weitere Nutzung der Kernenergie ist für eine gesicherte Zukunft Deutschlands als Industrienation von elementarer Bedeutung.

Die parteiübergreifenden Gespräche für einen neuen Energiekonsens, die im Verlauf des letzten Jahres deutliche Fortschritte gemacht hatten, sind von der SPD im Herbst 1993 abrupt abgebrochen

Ohne die konsequente Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung wäre eine wirtschaftliche Erholung nicht möglich.

worden. In der SPD gab und gibt es keine Mehrheit für einen Energiemix, der die Kernenergie mit einschließt. Die Weltmacht SPD dünkt sich hier wieder einmal klüger als alle anderen Industrienationen der Erde, die längst erkannt haben, daß unter ökonomischen wie unter ökologischen Gesichtspunkten ein Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie genau der falsche Weg in eine gesicherte Zukunft ist.

Es hätte des jüngsten Interviews des SPD-Vorsitzenden Scharping gar nicht bedurft, um die Unfähigkeit der SPD zu einer verantwortungsvollen Haushalt-

Statt-Partei: Partei durch die Hintertür

Noch im Mai 1993 wurde im Wohnzimmer des Hamburger Kaufmanns Heinrich Harmsen „in nächtlicher Runde“, wie der *Rheinische Merkur* weiß, der Beschuß zur Gründung der Statt-Partei gefaßt. Heute — nach weniger als einem Jahr — hat er sich resigniert von ihr wieder abgewandt und seinen Austritt erklärt.

Alle wichtigen Vorsätze, so schrieb er per Telefax an die Hamburger Zeitungsredaktionen, mit denen er und andere zusammen mit Markus Wegner angetreten waren, hätten der Wirklichkeit des politischen Tagesgeschäfts nicht standgehalten.

Von Toleranz, Transparenz, Bürger-
nähe und innerparteilicher Demokra-

tie, mit denen man sich von den anderen Parteien absetzen wollte, sei wenig übrig geblieben, und das vor allem, seitdem die Statt-Partei mit der SPD in der Regierungsverantwortung stehe.

Durch diese Festlegung und den „egozentrischen“, oft sogar unsachlichen Führungsstil von Markus Wegner habe sich die Statt-Partei um „eine ihrer größten Chancen überhaupt gebracht“.

Heinrich Harmsen drückt die Enttäuschung über einen Fehlschlag aus, den man kommen sehen mußte — wenn vielleicht auch nicht so bald.

Denn was statt und anstelle einer Partei um Wähler werben soll, muß sich schon mehr einfallen lassen als die Behauptung, keine Partei zu sein, und darf erst recht nicht darauf aus sein, durch die Hintertür einer Regierungsbeteiligung — sogar bundesweit — ganz schnell doch eine Partei zu werden.

und Finanzpolitik zu dokumentieren. Die Beschlüsse der Partei und die Reden ihrer Führungsspitzen belegen ein ums andere Mal, daß man mit allgemeiner Schönrednerei sich um substantielle politische Aussagen herumdrückt. Es soll gespart werden. Gut so! Aber nicht gespart werden darf dort, wo das meiste Geld ausgegeben wird, nämlich bei den Leistungsge- setzen.

Nebulös und unverbindlich

Nicht einmal eine sachliche Diskussion über die Frage, ob die staatlichen Leistungen wirklich nur denen zugute kommen, die dieser Unterstützung bedürfen, ist die SPD bereit zu führen. Statt dessen redet man nebulös von Einschnitten in konsumtive Ausgaben, aber erst wenn der

Konjunkturmotor wieder angesprungen ist. Unverbindlicher und widersprüchlicher kann man sich in einem zentralen Punkt staatlicher Ausgabenpolitik nicht äußern.

Während die SPD noch erheblichen Nachholbedarf an ökonomischem Sachverstand hat, hat die Koalition von CDU/CSU und FDP längst die notwendigen Entscheidungen auf den Weg gebracht. Standortsicherungsgesetz, Bahn- und Postreform, Gentechnikgesetz, Verkürzung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren bei Investitionen — das sind nur einige wenige Punkte. Ohne die konsequente Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung wäre dies nicht möglich. Zu dieser Politik gibt es keine verantwortliche Alternative. Bei der SPD schon gar nicht. ■

Fahrplan zur Umsetzung des Aktionsprogramms

Zur Umsetzung des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Bundesregierung und Regierungskoalition werden bereits in der kommenden Sitzungswoche die erste Lesung von parlamentarischen Gesetzen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Beschäftigungsperspektiven einleiten und damit das „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ umsetzen:

- Am 3. Februar wird der Deutsche Bundestag in erster Lesung die Postreform mit der Überführung der Deutschen Bundespost TELEKOM, POSTDIENST und POSTBANK in Aktiengesellschaften beraten.
- Am 1. Februar haben die Koalitionsfraktionen für einen Teil der im Aktionsprogramm vorgesehenen Maßnahmen bereits die notwendigen Gesetzesentwürfe beraten und in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die erste Lesung soll noch in der kommenden Woche erfolgen.
- Zu den Maßnahmen zählen unter anderem:
- die Absenkung der Lohnkostenzuschüsse für arbeitsmarktpolitisch geförderte auf 80 Prozent der Entgelte für ungeförderte Arbeiten;
- die befristete Einführung der Arbeitsförderung nach § 249 h AFG in besonderen Krisenregionen in den alten Bundesländern;

- die Zulassung privater gewerblicher Arbeitsvermittlung;
- die Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes bis 1999; die Verschärfung des Gesetzes gegen Schwarzarbeit;
- die Novelle zum Haushaltsgesetzes mit einer stärkeren Verpflichtung der Länder und Kommunen zur Umsetzung privatwirtschaftlicher Lösungen bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben;
- der Gesetzentwurf für kleine Aktiengesellschaften und zur Deregulierung des Aktienrechts;
- der Gesetzentwurf zur Abschaffung des Rabattgesetzes.

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen wollen eine schnelle Umsetzung des

Wahlkampf-Argumente



Aktionsprogramms, weil es reelle Chancen für eine schnelle Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt eröffnet.

- Ein besonderer Schwerpunkt gilt der Förderung des Mittelstandes. Mit dem Eigenkapital-Hilfeprogramm für Existenzgründungen steht pro Jahr in den alten Ländern ein Bewilligungsvolumen von 500 Mio. D-Mark zur Verfügung, mit

dem bis zu 10.000 Unternehmensgründungen gefördert werden können. Mittelfristig können wir mit dieser Fördermaßnahme 40.000 bis 50.000 zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen.

• Zur Unterstützung des Mittelstandes werden wir ein Zinsverbilligungsprogramm für innovationsgerichtete Investitionen mit einem voraussichtlichen Volumen von rund 250 Mio. D-Mark auflegen. Und wir unterstützen die Meisterförderung mit etwa 600 Mio. D-Mark pro Jahr, was einer Förderung von etwa 40.000 Teilnehmern an Fortbildungsmaßnahmen entspricht.

• Eine andere Maßnahme mit dem Ziel, vorhandene Ressourcen zu aktivieren und besser zu nutzen, ist unser Vorschlag, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten zu verbessern. Die SPD hat ja auch hier schon wieder versucht, alles madig zu reden. Ihre Behauptung, im Zeitraum 1990 bis 1992 seien bisher auf der Basis der Regelung in § 10 Einkommenssteuergesetz nur knapp über 7.000 Arbeitsplätze geschaffen worden, ist eine Milchmädchen-Rechnung. Tatsächlich ergeben seriöse Erhebungen die Zahl von über 30.000 geschaffenen Arbeitsplätzen jährlich.

Eine Verbesserung der steuerlichen

Berücksichtigung hauswirtschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse kann also durchaus Wirkung entfalten, vor allem, wenn man die Möglichkeiten von Teilzeitarbeitsplätzen oder Time-sharing-Arbeitsplätzen in die Begünstigung mit einbezieht. Damit schaffen wir zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in einer Größenordnung bis zu 100.000.

SPD ohne Alternative

Die SPD hat den Beschlüssen der Koalition zur Haushaltskonsolidierung, Standortsicherung und Verbesserung der Beschäftigungslage außer ihrem rituellen Veto und Sprechblasenprogrammen nichts entgegenzusetzen. In der Debatte im Anschluß an die Regierungserklärung zum Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung hat die SPD keinen eigenen konkreten Vorschlag unterbreitet. Die Vorstellung des Entwurfes für ihr Wahlkampfprogramm war außer heißer Luft nur ein Mammutprogramm für Steuererhöhungen. Rudolf Dreßler kündigte das Anti-Konjunkturprogramm an: Verdopplung der Erbschaftssteuer, Einschränkung des Ehegatten-Splitting, Ergänzungsabgabe für „Höherverdienende“ in der Größenordnung von 10 Prozent der Steuerschuld.

Wichtige Botschaften zur Kommunalwahl

Mit dem Info Nr. 1 knapp 60 Tage vor den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein hat der Kreisverband Schleswig-Flensburg am 21. Januar damit begonnen, wichtige „Botschaften“ an die Adresse aller Funktions- und Mandatsträger in der sicheren Erwartung zu transportieren, daß sie auch offensiv weitergegeben werden. Erste Meldung: Neumitglieder-Boom wie schon lange nicht mehr. In den ersten 10 Tagen des neuen Jahres waren es 52 Frauen und Männer zwischen 25 und 40 Jahren, die der CDU beitrat. Am 21. Januar waren es bereits 91. Erfahrung eines der besonders aktiven Werber: Viele Leute brauchen nur angesprochen zu werden. Die Stimmung ist besser, als die Presse sie verbreitet. — Kreisvorsitzender Wolfgang Börnsen sieht die Partei voller Lebendigkeit. In manchem Bezirk sei der Ideenreichtum sogar noch zu steigern.

Wider den „Arbeitsamtssozialismus“⁶⁶

Karl Schiller entzaubert das SPD-Wirtschaftsprogramm

Eine Gegenüberstellung von Aussagen des Wiesbadener SPD-Parteitagsbeschlusses „Eine gesamtdeutsche Strategie für Modernisierung, Beschäftigung und umweltverträgliches Wachstum“ und Auszügen aus dem jüngst veröffentlichten Buch von Prof. Karl Schiller „Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft“, dokumentiert im „Spiegel“ vom 17. Januar 1994, S. 90–97.

● Deutsche Einheit – klagen oder gestalten?

SPD: „Die Entscheidung der Bundesregierung, die benachteiligte Wirtschaft der neuen Länder von einem Tag auf den anderen ungeschützt der Konkurrenz des Weltmarktes auszusetzen und nicht durch eine zielgerichtete Industriepolitik strukturpolitisch gegenzusteuern, führte in Ostdeutschland zu dem vorhersehbaren Zusammenbruch der industriellen Basis.“ (S. 1)

Schiller: „Die wirtschaftliche, soziale und mentale Vereinigung Deutschlands wurde nicht auf der Basis eines Generalplans eingeleitet, sondern verlief bisher nach dem Verfahren von „Versuch und Irrtum“. Man packte die unmittelbar mit dem Fall der Mauer sich ergebenden Probleme so an, wie die Situation es im Augenblick anscheinend erfordert; pragmatisch fuhr man „auf Sicht“. Dieses Grundmuster von Versuch und Irrtum bedeutete natürlich, daß einmal getroffene Entscheidungen häufig zu bestimmten Entwicklungen führten, die sich dann als unerwünscht herausstellten, die man als Irrtum empfand.“ (S. 90)

„Nehmen wir einmal hinsichtlich der Währungsunion ein anderes Modell an: Die Umstellung für alle persönlichen Ersparnisse (also Bestandsgrößen) wäre nicht nur im Verhältnis von 2:1 erfolgt, sondern Löhne und Gehälter (also auch die Strömungsgrößen) wären ebenfalls um 2:1 gekürzt worden, die Betriebschulden wären nicht um 2:1 reduziert, sondern völlig gelöscht worden. ... Dies wäre mit Sicherheit auf heftigsten Protest gestoßen. Wenn überhaupt akzeptiert, so hätte anschließend die „Aufholjagd“ der Löhne wohl noch vehemente eingesetzt. Außer der völligen Entschuldung der

Wahlkampf-Argumente



Betriebe hätte also dieses Modell der Währungsunion letztlich keine weitere dauerhafte Erleichterung gebracht. ... Die Wucht des Vorgangs der Wiedervereinigung mit einheitlicher Währung und offenen Grenzen hätte auch mit den erwähnten Korrekturen ihren Preis in Gestalt eines tiefgreifenden Strukturumbruchs gefordert.“ (S. 90/91)

● Wechsel oder Marktwirtschaft – Ängste oder Zuversicht?

SPD: „Bei einer Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik we-

den Arbeitslosigkeit und Massenarmut weiter um sich greifen. Unter dem Druck der schwersten Rezession der Nachkriegszeit droht der gesellschaftliche Konsens in Deutschland zu zerbrechen. Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Entsolidarisierung sind ein gefährlicher Nährboden für steigende Kriminalität und für zunehmenden Rechtsradikalismus. ... Diese Lagebeschreibung zeigt: Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor einer großen und einmaligen Herausforderung. Viele Aufgaben stellen sich heute grundsätzlich anders und erfordern völlig neue Antworten. Diese Herausforderung ist mit den Rezepten der Vergangenheit nicht zu bewältigen. Die Zeit ist reif für einen Wechsel zu einer Politik wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Reformen.“ (S. 2)

Schiller: „Wirtschaftspolitik in einem im Kern so gesunden, im Kern immer noch fleißigen und tüchtigen Land wie Deutschland kann und muß, auch in einer äußerst schwierigen Situation, immer noch einen marktwirtschaftlichen Ausweg finden und weisen. Grausige Katastrophengemälde, wie sie in unserem Land jetzt so oft frei Haus geliefert werden, sind völlig unangebracht, das Papier nicht wert, auf dem sie tausendfach gedruckt werden.“ (S. 94/95)

„Sicherlich bedarf es auch unkonventioneller Maßnahmen, um die Dynamik der Volkswirtschaft zu beleben. Aber das Ziel muß dabei sein, die Kräfte des marktwirtschaftlichen Prozesses zur vollen Entfaltung zu bringen. Dies ist keineswegs ein Programm, wie manche behaupten mögen, für morgen mit den Methoden von gestern, sondern es stellt die historisch gerechtfertigte Weiterentwicklung jener freiheitlichen und strengen Prinzipien für Recht und Wirtschaft dar, die uns beim Aufbau unserer Ordnung nach dem letzten Krieg im Westen unseres Vaterlandes so entscheidend geholfen haben. Unsere Landsleute im Osten werden mehr und mehr ihren eigenständigen Beitrag in der gemeinsamen Arbeit leisten können und wollen.“ (S. 97)

● Wirtschaftskrise – Irrwege oder Auswege?

1. Verteilen oder sparen?

SPD: „Mit ihrer ungerechten und wirtschaftspolitisch verfehlten Kürzungspolitik treibt die Bundesregierung die Wirtschaft in eine immer stärkere Krise. ... Die aktuelle Auflage der brüningschen Finanzpolitik verstärkt die konjunkturelle Talfahrt. (S. 2) ... Durch die Einschnitte

Jürgen Rüttgers: Ein aufschlußreicher Vergleich

Mit einem Begleitschreiben hat der 1. Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Rüttgers diese kleine Synopse an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geschickt.

Dazu heißt es u. a.: Die Analysen des ehemaligen SPD-Wirtschafts- und Finanzministers Professor Karl Schiller sind eine scharfzüngige Kritik an

den Äußerungen und Forderungen der SPD. Ein Vergleich zeigt die Fragwürdigkeit und Widersprüchlichkeit der SPD-Positionen in den zentralen Fragen von Wirtschaft und Beschäftigung und stützt unsere Argumente in der aktuellen Auseinandersetzung mit der SPD. Die Ausführungen von Prof. Karl Schiller enthalten darüber hinaus wichtige Aussagen, die unsere Positionen und Maßnahmen untermauern.

bei Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängern wird die Kaufkraft derjenigen beschnitten, die praktisch ihr gesamtes Einkommen für den täglichen Bedarf ausgeben. Deshalb ist das Kürzungspaket der Bundesregierung nicht nur unsozial, sondern auch konjunkturpolitisch völlig verfehlt.“ (S. 19)

Schiller: „Ja, wir brauchen eine tatsächliche Politik der volkswirtschaftlichen Strenge. Ihre Priorität ist das ökonomische Wachstum, ihm nachgeordnet ist Distribution. Jetzt geht es um die Stimulierung der Unternehmen, danach und später kann man an weitere Wohltaten des Wohlfahrtsstaates denken. Wenn gewisse Auswüchse oder Fehlentwicklungen der Sozialpolitik sehr behutsam beschnitten werden, so ist es völlig verfehlt, über einen „Kahlschlag“ oder „Abbau“ des Sozialstaates zu klagen. Wer jetzt das Ziel verkündet, es müßte das System der Sozialleistungen gänzlich ungeschmälert durch Rezession und Strukturumbrüche gebracht werden, der sorgt dafür, daß Deutschland im harten internationalen Wettbewerb weiter zurückfällt. Gerade um bei uns eine Sozialkrise nach Art der schwedischen zu vermeiden, müssen wir zuerst dafür sorgen, daß viele neue rentable Arbeitsplätze entstehen. Seit wann ist eigentlich eine marktwirtschaftliche Beschäftigungspolitik unsozial?“ (S. 96)

2. Staatsglaube oder Deregulierung?

SPD: „Gegen die Deregulierungs- und Privatisierungseuphorie der Regierungskoalition und Unternehmerverbände werden wir den Anstoß zur Kampagne für eine Staatsreform geben ... Eine Privatisierung der Bundesautobahnen wird abgelehnt.“ (S. 20)

Schiller: „Gerade jetzt ist natürlich

auch eine Deregulierung des Wirtschaftsprozesses notwendig. Gerade in der Rezession zeigt sich, wie sich behördliche Reglementierungen wie Mehltau über das Wirtschaftsgefüge legen. Ein offensives Programm der ordnungspolitischen Bereinigung ist also fällig ... Die Deregulierung ist in der Tat eine gesamtdeutsche Aufgabe.“ (S. 96)

3. „Arbeitsamtssozialismus“ oder rentable Arbeitsplätze?

SPD: „Die aktive Arbeitsmarktpolitik muß verstärkt und besser organisiert werden. Dazu brauchen wir einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. ... In dem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt können entweder direkte Lohnkostenzuschüsse gewährt oder Zuschüsse für die Durchführung gesellschaftlich sinnvoller Arbeiten gezahlt werden. ... Auch für die öffentlich geförderten Arbeitsverhältnisse gelten Tarifverträge.“ (S. 15)

Schiller: „Wenn diese Modelle sich so entwickeln würden, daß der Freizeitgewinn vom Staat — wenn auch nur partiell — alimentiert würde, dann hätte der zweite Arbeitsmarkt den ersten (normalen) Arbeitsmarkt praktisch erobert. Das Tor zum Arbeitsamtssozialismus wäre endgültig aufgestoßen.“ (S. 95)

4. Flexibilisierung oder Verkürzung der Arbeitszeit?

SPD: „Arbeitszeitverkürzung ist ein Mittel zur gerechteren Verteilung der Arbeit. Kürzere Arbeitszeit muß auf der Einkommenseite berücksichtigt werden. ... Angesichts des permanenten Produktivitätsfortschritts wäre die Arbeitslosigkeit ohne die Arbeitszeitverkürzung der Vergangenheit heute noch größer. Es ist kein sinnvolles Konzept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, daß diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, immer länger arbeiten sollen. Auch Arbeitszeitverlänge-

rung im öffentlichen Dienst ist kein geeigneter Weg.“ (S. 15)

Schiller: „Die forcierte Verkürzung der Arbeitszeit beruhte — als generelle Strategie — ohnehin auf einem Fehlschluß biedermeierlicher Hauswirtschaftslehre: Es geht eben nicht immer darum, daß eine gegebene Menge Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung nun auf mehr Köpfe verteilt werden könnte, sondern es geht gerade jetzt unbestreitbar um die Senkung der Produktionskosten (auch durch Verlängerung einer zu weit verkürzten Arbeitszeit) mit dem Ziel, das Produkt zu vermehren bzw. preiswerter zu machen und damit auch das Volumen Arbeit zu vergrößern.

Neuerdings wird eine Form der drastisch verkürzten Arbeitszeit für ganze Unternehmen gefordert oder angeboten, die mit entsprechenden Lohnkürzungen begleitet sein sollte. Sie könnte höchstens als Notbehelf für kritische Phasen dienen — nicht aber als Vorbote einer neuen Strategie.... Man wird also weiter über die Brücken der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Teilarbeit gehen, bis hin zur Ausdehnung schließlich — auch aus demographischen Gründen — der Lebensarbeitszeit.“ (S. 95)

5. Verantwortung der Tarifpartner oder falsche Versprechen?

SPD: „Das Volumen an Erwerbsarbeit, das vom Markt nachgefragt oder von staatlichen Organisationen für die Erfüllung ihrer regulären Aufgaben benötigt wird, bleibt seit Jahren hinter dem Zuwachs des Arbeitskräftepotentials zurück. Auch ein wirtschaftlicher Aufschwung, der noch nicht in Sicht ist, wird daran nichts grundlegendes ändern. Für die nächsten 10 Jahre ist in Deutschland mit 3 bis 7 Millionen Arbeitslosen zu rechnen, wenn der Staat nicht aktiv gegensteuert. ... Das Vollbeschäftigungsziel darf nicht aufgegeben werden, es muß wieder als Eckpfeiler verankert werden.“ (S. 10/11)

Schiller: „Wer jetzt aber vollmundig den Slogan der Vollbeschäftigung verkündet, ohne daran zu denken, daß Gehälter und Löhne vom Unternehmerlohn bis zum Entgelt des Hilfsarbeiters einer sehr moderaten Einkommenspolitik unterworfen werden müssen, der jagt einem Hirngespinst nach. Niedrigere Kosten sind eine notwendige Vorbedingung für den Rückgang der großen Arbeitslosigkeit.“ (S. 96)

SPD gefährdet Arbeitsplätze

CDU-Sprecher Rolf Kiefer zur Wirtschaftsentwicklung des Jahres 94 und zu den Äußerungen von Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine vom Wochenende zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung:

Die SPD gefährdet Arbeitsplätze in Deutschland, wenn sie die positiven Tendenzen in der Wirtschaftsentwick-

lung des Jahres 1994 systematisch herunterredet.

Der Gipfel der Unglaublichigkeit wird vom SPD-Wirtschaftsexperten Oskar Lafontaine erklingen, wenn er über zu hohe Lohnnebenkosten klagt, wo doch die SPD gerade bei der Pflegeversicherung beweist, daß sie es mit einer Entlastung in diesem Bereich nicht ernst meint.

Kriminalitäts-Bekämpfung

SPD-Entwurf verfassungswidrig

Zu dem von der SPD am 27. Januar vorgelegten Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität erkärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:

Herr Scharping behauptet, mit dem heute vorgestellten SPD-Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität das Ermittlungsinstrumentarium von Polizei und Justiz nachhaltig zu verbessern. Bei näherer Hinsicht zeigt sich, daß der Entwurf diesem selbst gestellten Anspruch nicht im entferntesten gerecht wird. Bürokratische, langwierige Verfahrenswege, die das Abhören von Gangstertreffs in Wohnungen in der Praxis unmöglich machen und ein Konzept zur Einziehung illegal erworbener Vermögen, das elementare Grundsätze des Rechts-

staates — nämlich die im Grundgesetz verankerte Unschuldsvermutung bis zur Verurteilung des Angeklagten im Strafprozeß — mißachtet, prägen den Gesetzesentwurf.

Mit einem kuriosen Sammelsurium in sich widersprüchlicher Vorschläge möchte die SPD vor den Wahlgängen wohl noch schnell ein paar Pluspunkte beim Thema „Innere Sicherheit“ sammeln. Anders lassen sich die zahlreichen handwerklichen Mängel, die man dem eilends zusammengestoppelten Entwurf testieren darf, nicht erklären. So beeindruckt der SPD-Entwurf durch eine atemberaubende verfassungspolitische Schieflage:

Die Einziehung des gesamten Vermögens soll ohne jede richterliche Entscheidung außerhalb eines ordentlichen Strafverfah-

Generalsekretär Peter Hintze:

SPD gaukelt Entschiedenheit in der Inneren Sicherheit nur vor

Auf dem Feld der Inneren Sicherheit hat die SPD gewaltigen Nachholbedarf. Das hat auf einer Pressekonferenz Rudolf Scharping deutlich gemacht.

In chamäleonhafter Weise versucht Scharping, bei der Inneren Sicherheit ebenso daherkommen, wie er es schon beim Asylrecht praktiziert hat. Rechtzeitig vor den Wahlen gaukelt er Entschiedenheit und Bürgernähe vor, nachdem die SPD jahrelang ver-

schleppt, verzögert und verhindert hat. Aber selbst beim Versuch, sich die Wähler im Feld der Inneren Sicherheit geneigt zu machen, bleibt Scharping an den ideologischen Stolpersteinen hängen, die SPD-Politik nun einmal mit sich herumschleppt.

Die völlig überzogenen Verfahrens- und Genehmigungshürden bei der elektronischen Beweissicherung zeigen: Mit der SPD ist eine wirksame Bekämpfung des Schwerverbrechens nicht zu realisieren.

rens möglich sein. Die akustische Beweissicherung in Wohnungen soll aber erst nach Genehmigung durch Parlament und Gericht erlaubt sein. Verdeckte Bildaufnahmen von Straftätern in Wohnungen, die z. B. für die Identifizierung von Teilnehmern eines abgehörten Gangstertreffs unverzichtbar sind, werden erst gar nicht gestattet und als „Großer Spähangriff“ diffamiert. Das Ausführungsgesetz zur akustischen Beweissicherung (Art. 13 GG) soll nach den Vorstellungen der SPD mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit des Bundestages, das Ausführungsgesetz zur Vermögens-

einziehung (Art. 14 GG) aber nur mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden. Was soll das alles?

Herr Scharping wäre gut beraten, den völlig unausgegorenen Gesetzesentwurf der SPD zurückzuziehen und gründlich zu überarbeiten. Mit diesem Machwerk wird die SPD in der Öffentlichkeit kaum den Nachweis führen können, daß sie die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität wirklich ernst nimmt. Herr Scharping predigt Wein und serviert doch nur schales Wasser. Wieder einmal verspricht Herr Scharping viel und hält nichts.

Taschenspielertricks

Zu dem jüngsten SPD-Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, den die SPD am 27. Januar vorgestellt hat, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Die SPD hat damit den Versuch unternommen, ihre rechts- und innenpolitische Kompetenz durch Vorlage eines über 40 Seiten starken Gesetzentwurfs anmelden zu wollen. Die Lektüre des umfangreichen Werkes führt zur ernüchternden Erkenntnis, daß die Dürftigkeit der Ideen hinter dem Umfang versteckt werden soll, daß wenige vernünftige Gedanken mit Beigaben aus der sozialistischen Mottenkiste zu einem ungenießbaren Brei verröhrt werden und daß die SPD alle wesentlichen Felder, auf denen gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, brachliegen läßt.

Die — von einem durchaus vernünftigen Ansatz ausgehenden — Forderungen zur Einziehung illegal erworbenen

Vermögens sind der leicht durchschaubare Versuch, den sozialistischen Anschlag auf die Eigentumsordnung des Grundgesetzes mit dem aktuellen Stichwort „Verbrechensbekämpfung“ zu bemänteln; auf gleichem Niveau sind die Vorschläge zur elektronischen Wohnraumüberwachung: Die Unpraktikabilität des Verfahrens nimmt dem von der Union seit Jahren

Wahlkampf-Argumente



geforderten Instrument jede kriminalpolitische Wirksamkeit.

Die Rechts- und Innenpolitiker von CDU/CSU und FDP werden in Kürze das in intensiven Verhandlungen erarbeitete Verbrechensbekämpfungsge- setz in den Bundestag einbringen; die Substanz dieses Gesetzentwurfs wird den SPD-Schnellschuß als das entlarven, was er ist: Frühes und lautes Wahlkampf-Getöse.

SPD-Klassenkampfrezepte auch in neuer Mixtur unverträglich

Der Versuch der SPD, zu Beginn des Wahljahres 1994 mit einer Reihe von inszenierten Schauveranstaltungen ihr wirtschaftspolitisches Defizit zu kaschieren, ist bereits beim ersten Versuch kläglich gescheitert.

„Die SPD hatte gerufen, gekommen waren wenige“, berichtete die Frankfurter Rundschau über die ausgebliebene Resonanz der deutschen Wirtschaftsvertreter an der SPD-Veranstaltung „Modernisierung des Standorts Deutschlands“ am 31. Januar. „Der Einladung zum Dialog über ihr Wirtschaftsprogramm waren nur ein paar Dutzend Manager gefolgt“, heißt es weiter. (FR, 1. 2. 1994)

Namhaftester Vertreter der Wirtschaft war der Präsident des BDI, Dr. Tyll Nekker. Gedacht als Kronzeuge für neuen wirtschaftspolitischen Sachverstand der SPD, verpaßte Nekker der versammelten Führungsriege der Sozialdemokraten jedoch eine schallende Ohrfeige. Im Pressebericht heißt es: „Er zeigt den Genossen die kalte Schulter.“ (s. o.)

Bei der SPD, stellt der Wirtschaftsführer Nekker fest, „überwögen — trotz des Wissens um die Gefahr für den Produk-

tionsstandort Deutschland — immer noch Umverteilungsansprüche“. (s. o.) Der BDI-Präsident „kritisierte“, wie die Stuttgarter Zeitung weiter ausführt, „die Grundsatzbeschlüsse der SPD (vom November 1993 in Wiesbaden) als nicht marktwirtschaftlich genug“. (s. o.) Kernstück der Kritik an den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD war dabei die Tatsache, daß in der SPD weiterhin „viele den Zusammenhang zwischen Lohnkosten und Arbeitsnachfrage leugneten“. (FR, s. o.)

Mit Hinweis auf die aktuellen Wiesbadener Beschlüsse der SPD sagte Nekker darüber hinaus, man „hätte sich klare Aussagen der SPD-Spitze gewünscht, daß das Anspruchsdenken gestoppt werden muß“. (FR, s. o.) Und schließlich: Es „fehlten Aussagen zur zukunftssicheren Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme im Programm der Sozialdemokraten“. (taz, 1. 2. 1994)

Damit wurde bereits auf der ersten SPD-Veranstaltung zum Thema Wirtschaftsstandort der Versuch der SPD aufgedeckt, in dem wichtigsten Zukunftsfeld deutscher Politik klare Aussagen und Festlegungen zu vermeiden.

Adenauer-Stiftung erweitert Studie über REPs

Mit zusätzlichen Recherchen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Studie 63/1993 über „Republikaner und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament“ erweitert. Eine ergänzende Auswertung des vorhandenen Materials zeigt nicht nur häufige Abwesenheiten in Ausschusssitzungen, sondern darüber hinaus auch auffällige Diskrepanzen zwischen offizieller Anwesenheit laut Anwesenheitsliste einerseits und der Teilnahme an den zumeist später stattfindenden Abstimmungen in den Ausschüssen andererseits. — Die überarbeitete Studie ist ab sofort kostenlos über den Bereich Forschung und Beratung der KAS, Telefon (02241) 246264, zu beziehen.

Für eine radikale Verbesserung des Jugendschutzes im Fernsehen

Nach intensiven Verhandlungen ist es nun gelungen, eine fraktionsübergreifende Initiative für eine radikale Verbesserung des Jugendschutzes im Fernsehen zu starten.

Joseph-Theodor Blank, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD sind übereinstimmend der Auffassung, daß die geltenen Schutzbestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages ebenso wie die bisher eher zögerlichen Länderplanungen für eine Novellierung dieses Vertrages völlig unzureichend sind, um der weiter zunehmenden Darstellung von Gewalt, Aggression und Pornographie im Fernsehen wirksam zu begegnen. Angesichts der heutigen Fernsehgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen kann ein wirksamer Jugendschutz nur durch ein umfassendes Verbot von Sendungen, die geeignet sind, die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung von Minderjährigen zu beeinträchtigen, erreicht werden.

Wichtigste Eckpfeiler der von den Fraktionen vorgeschlagenen grundlegenden Reform des Rundfunkstaatsvertrages sind daher, daß

- Sendungen, die ganz oder im wesentlichen mit Schriften inhaltsgleich sind, die in die Liste nach § 1 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GJS) aufgenommen sind, ohne Einschränkung nicht verbreitet werden dürfen,
- Fernsehfilme, die weder ein Freigabeverfahren nach dem Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit durchlaufen haben noch ganz oder im wesentli-

chen mit nach dem GJS indizierten Schriften inhaltsgleich sind, einem eigenen Kontrollverfahren unterworfen werden, indem

- entweder die Indizierung solcher Rundfunksendungen als zusätzliche Aufgabe der GJS-Bundesprüfstelle übertragen oder
- eine eigene Kontrollinstanz mit vergleichbaren Befugnissen geschaffen wird. Zugleich werden die Landesmedienanstalten aufgefordert, die in den Landesmediengesetzen enthaltenen Bußgeldtatbestände bei Verletzungen von Jugendschutzbestimmungen endlich einheitlich und konsequent anzuwenden. Die Bundesregierung soll sich auf europäischer Ebene für eine Präzisierung und einheitliche Auslegung der EU-Fernsehrichtlinie einsetzen. Angesichts der gefährlichen Wirkungen, die die Ausstrahlung von Gewalt und Pornographie für die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und die Entwicklung aggressiver, menschenverachtender Weltbilder hat, ist nunmehr eine radikale Reform des Jugendschutzes unausweichlich geworden. Insbesondere die Bundesländer sind aufgefordert, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Personalie

Der ehemalige hessische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann ist am 14. Januar in Eichholz zum neuen Vorsitzenden des Ältestenrats der CDU gewählt worden. Er ist damit Nachfolger des verstorbenen Alt-Bundespräsidenten Karl Carstens.

Wir müssen im sozialen Wohnungs- bau noch in diesem Jahr die nötigen Reformschritte gehen

Anlässlich der Einbringung einer Initiative der Koalitionsfraktionen zur Reform der sozialen Wohnungsbauförderung erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Der soziale Wohnungsbau ist seit langem wegen verschiedener Funktionsmängel — die im Ergebnis zu einem zu hohen Subventionsaufwand, noch zudem für eine falsche Zielgruppe führen — im Gerede. Manche haben deswegen bereits den sozialen Wohnungsbau abgeschrieben. Wir meinen jedoch, die Probleme lassen sich meistern; der soziale Wohnungsbau hat eine Zukunft, wenn aus seiner Vergangenheit die richtigen Konsequenzen gezogen werden — und das möglichst bald. Wir wollen deshalb noch in diesem Jahr die ersten nötigen Reformschritte gehen.

Gesetzliche Konkretisierung

Mit der vorliegenden Initiative eines „Wohnungsbauförderungsgesetzes 1994“, die am 18. Januar in den Koalitionsfraktionen beraten und am 21. Januar in erster Lesung in den Bundestag eingebracht wurde, wird zunächst einmal in der Neubauförderung eine Neuorientierung vorgenommen. Die wesentlichen Elemente sind die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die am Einkommen der Mieter orientierte Wohnungsbauförderung und die gesetzliche Kon-

kretisierung der vereinbarten Förderung sowie die Durchsetzung kosten- und flächensparenden Bauens. Unsere Hoffnung ist, daß dadurch Fehlbelegungen und Fehlsubventionierung von vorneherein vermieden, also treffsicherer gefördert und gleichzeitig effektiver gefördert werden kann.

Es gibt inzwischen parteiübergreifend und bis in die Länder und Kommunen

Wahlkampf-Argumente



hinein breite Zustimmung zu dem Grundsatz, den ich vor über zwei Jahren einmal so beschrieben habe: Wir müssen denjenigen, die das leisten können, ein Mehr an Wohnungsmiete zumuten, damit wir denen mehr helfen können, die aus eigener Kraft keine Wohnung finden und die Mietenlast nicht alleine tragen können. „Es geht nicht anders“, begründete das noch vor wenigen Tagen der Berliner SPD-Bausenator. Und der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft bestätigte, daß „es zu dieser Konzeption keine Alternative gibt“. Zwei Zitate unter vielen, die uns ermutigen, trotz eines durch viele Wahlen möglicherweise belasteten

Die Belebung der Wirtschaft jetzt nachhaltig unterstützen

Zum vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht 1994 erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:

Trotz des sich weiter aufhellenden wirtschaftlichen Umfeldes, in dem sich die deutsche Wirtschaft befindet, bleibt die Verbesserung der Standortattraktivität Deutschlands zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorrangiges Ziel.

Die vor allem auch auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen zielende Wirtschaftspolitik, die in der Vergangenheit Basis von Wachstum und sinkenden Arbeitslosenzahlen war, muß deshalb weiter fortgeführt werden.

Arbeitsklimas den gesetzgeberischen Weg zu beschreiten. Den Lippenbekenntnissen und Grundsatzbeteuerungen müssen jetzt Taten folgen!

Wir sind uns in der Koalition darüber im klaren, daß die vorliegende Initiative nur ein Teilstück auf dem Wege zu einer umfassenden Reform des sozialen Wohnungsbaus darstellt, die auch eine gesetzliche Neuregelung für den Sozialwohnungsbestand und eine umfassende Durchforstung und Zusammenfassung des Wohnungsbau-Förderrechts mit einschließen muß. Auch unter Auswertung des Berichtes der Expertenkommission zur Überprüfung der Wohnungspolitik, der für Ende dieses Jahres erwartet wird, sollten diese Maßnahmen in der nächsten Legislaturperiode in Form eines Dritten Wohnungsbaugesetzes in Angriff genommen werden.

Mit dem Standortsicherungsgesetz, dem Investitionserleichterungsgesetz, dem Planungsvereinfachungsgesetz und dem Standortbericht der Bundesregierung haben wir gezeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Ein wichtiger Schritt

Das „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“, das integraler Bestandteil des Jahreswirtschaftsberichts geworden ist, ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung.

Eine schnelle Realisierung der aufgeführten Maßnahmen wird damit zum Garant dafür, daß steigende Arbeitslosigkeit kein unausweichliches Schicksal unserer Gesellschaft ist.

Weil wir uns jetzt schon im Neubaubereich dem Reformbedarf stellen, schien es uns auch vertretbar, eine Anpassung der für den Zugang zu Sozialwohnungen maßgebenden Einkommensgrenzen — für Erwerbstätigenhaushalte im Schnitt um fast 30 Prozent — jetzt mit anzupacken. Dadurch werden die Belegungsstrukturen im Bestand und die investitionspolitischen Spielräume vor allem im Werks- und Genossenschaftswohnungsbau verbessert.

Von großer Bedeutung ist ferner, daß Fördermittel des Bundes künftig die Kommunen auch beim Erwerb von Belegungs- und Mietbindungsrechten im Wohnungsbestand unterstützen dürfen. Wegen der verfassungsrechtlichen Vorgaben wird diese neue Förderungsart an Modernisierung von bestehendem Wohnraum gebunden.

Union einigt sich auf Beratungskonzept zum Schutz des ungeborenen Lebens

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche den von der Koalitionsarbeitsgruppe zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs vorgelegten Entwurf mehrheitlich gebilligt. Ziel des Entwurfs ist es, das Konzept des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 und seine Auflagen und Vorgaben im vollen Umfang umzusetzen.

Mit dem vorgelegten Beratungsmodell wird ungeborenes Leben in der Frühphase der Schwangerschaft geschützt. Der Schwerpunkt des gesamten Schutzkonzepts liegt auf der Beratung der Schwangeren. Schwangerschaftsabbruch bleibt auch in Zukunft grundsätzlich rechtswidrig.

● Beratung

Der Entwurf stellt die Schwangerenkonfliktberatung erstmals auf eine eigene gesetzliche Grundlage. Die Beratung ist für die Schwangere verpflichtend. Sie dient dem Schutz des ungeborenen Kindes. Die Beratung hat die Aufgabe, die Schwangere zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen. Sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen. Die Beratung muß nach dem vorliegenden Konzept darauf hinweisen, daß dem Schutz des ungeborenen Lebens grundsätzlich der Vorrang gebührt und der Abbruch der Schwangerschaft nach der Rechtsordnung nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen kann. Deshalb geben die vorgesehenen Regelungen klare inhaltliche Zielbestimmungen für die Schwangerenkonfliktberatung vor.

Wege aus der Konfliktsituation sollen in der Beratung durch Information und konkrete Hilfsangebote untermauert werden. Die Schwangere erhält die erforderliche medizinische, soziale und juristische Information. Es werden ihr die Rechtsansprüche von Mutter und Kind und mögliche praktische Hilfen dargelegt. Die Beratung umfaßt das konkrete Hilfsangebot, die schwangere Frau bei der Geltendmachung von Ansprüchen, bei der Wohnungssuche, bei der Suche einer

Ein Konzept, das der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung trägt, die denkbaren Konfliktlagen berücksichtigt und zu einem Ja zum Leben ermutigt.

Betreuungsmöglichkeit für das Kind und bei der Fortsetzung ihrer Ausbildung zu unterstützen. Sie muß auch eine Nachbetreuung der Mutter anbieten. Auf Wunsch wird die schwangere Frau über Möglichkeiten der Empfängnisverhütung unterrichtet.

Die Beratungsstellen und ihre Mitarbeiterinnen tragen ein hohes Maß an Verantwortung für das Leben. Deshalb schreibt der Gesetzentwurf vor, daß die Beratungsstellen über hinreichend persönlich und fachlich qualifiziertes und der Zahl nach ausreichendes Personal verfügen.

Die Beratung muß so schnell wie möglich erfolgen. Gerade in einer Konflikt situation ist es wichtig, daß unzumutbare Wartezeiten vermieden werden und die Schwangere die Beratung im individuell

erforderlichen Ausmaß in Anspruch nehmen kann. Nach Abschluß der Beratung hat die Schwangere Anspruch auf Ausstellung einer Beratungsbescheinigung. Die Beratung ist für die Frau unentgeltlich. Der Gesetzentwurf stellt im übrigen klar, daß es mit dem Schutzkonzept der Beratungsregelung nicht vereinbar ist, daß ein Arzt sowohl die Konfliktberatung vornimmt und als auch den Schwangerschaftsabbruch durchführt.

● Strafrechtliche Regelung

Der Schwangerschaftsabbruch bleibt grundsätzlich rechtswidrig und ist nach dem Entwurf nur in den Fällen von drei Indikationen rechtmäßig: medizinische, embryopathische und kriminologische Indikation. In allen übrigen Fällen ist der Schwangerschaftsabbruch zwar rechtswidrig, bleibt aber unter bestimmten Bedingungen straffrei. Sind die Voraussetzungen der Beratungsregelungen erfüllt und wird ein Abbruch innerhalb der ersten 12 Wochen der Schwangerschaft von einem Arzt auf Verlangen der Frau vorgenommen, dann wird der Schwangerschaftsabbruch aus dem Tatbestand des § 218 StGB herausgenommen (Tatbestandsausschluß). Die mit einem solchen Tatbestandsausschluß verbundene Straffreiheit stellt nicht in Frage, daß Schwangerschaftsabbrüche verfassungsrechtlich grundsätzlich als Unrecht angesehen werden müssen.

Vom Bundesverfassungsgericht wurde in seinem Urteil überdies gefordert, daß zusätzliche strafrechtliche Vorschriften bezüglich des Arztes sowie des sozialen und familiären Umfeldes der Schwangeren und der Berater eingeführt werden. Dem trägt der Gesetzentwurf Rechnung. So wird unter anderem die Mitverursachung eines Schwangerschaftsabbruches durch das familiäre oder soziale Umfeld

der Schwangeren mit Strafe bedroht. Dies ist der Fall, wenn der Abbruch dadurch bewirkt wird, daß jemand aus verwerflichem Eigennutz auf die schwangere Frau einwirkt, um sie zum Abbruch der Schwangerschaft zu bestimmen oder der schwangeren Frau die in einer Notlage erbetene Hilfe verwehrt. Damit werden all solche Einflußnahmen erfaßt, die letztlich dazu führen, daß sich die Schwangere fremdem Willen unterordnet und den Schwangerschaftsabbruch vornehmen läßt, obwohl sie nach eigener unbeeinflußter Überzeugung die Schwangerschaft fortgesetzt hätte.

● Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Bei den nach der Beratungsregelung vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen sind Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für den Eingriff selbst und die erforderliche Nachbehandlung beim komplikationslosen Verlauf grundsätzlich ausgeschlossen. Dies entspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Im Notfall trägt jedoch für bedürftige Frauen die Sozialhilfe den Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung. Höchstgrenze soll ein Einkommensbetrag von 1.800,— DM netto sein. Bei gesetzlich versicherten Frauen wird diese Sozialhilfeleistung über die Krankenkasse abgewickelt. Ebenso wird die Lohnfortzahlung auch bei Arbeitsunfähigkeit infolge eines Schwangerschaftsabbruchs nach der Beratungsregelung gewährt.

Mit diesem Beratungsmodell trägt die Union der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in vollem Umfang Rechnung. Es ist ein Konzept zum Schutz des ungeborenen Lebens, das die denkbaren Konfliktlagen berücksichtigt und zu einem Ja zum Leben ermutigt.

Die Beratung soll die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft ermutigen

Mit dem Entwurf der Koalitionsfraktionen für das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz wollen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. 5. 1993 zum Schutze des ungeborenen Lebens umsetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat, nachdem die CDU/CSU-Fraktion gegen die im Jahre 1992 verabschiedete Neuregelung erfolgreich geklagt hatte, mit seinem Urteil ein neues Schutzkonzept entwickelt, das auf der Beratung zum Leben hin basiert.

Das Bundesverfassungsgericht hat für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung eine Vollstreckungsanordnung erlassen, die dieses Konzept sehr detailliert umsetzt. Der jetzige Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen lehnt sich eng an das Urteil und diese Vollstreckungsanordnung an. Der Gesetzentwurf enthält folgende wesentliche Grundzüge:

- Ein Schwangerschaftsabbruch ist unter den Voraussetzungen der Beratungsregelung straffrei (geregelt durch Tatbestandsausschluß in § 218 Abs. 5), bleibt aber grundsätzlich rechtswidrig; das grundsätzliche verfassungsrechtliche Verbot des Schwangerschaftsabbruches ist im Gesetzentwurf im Sozialrecht mit konkreten Folgen bei der Finanzierungsregelung verankert. Rechtmäßig ist ein Abbruch nur in den — unter staatlicher Verantwortung festgestellten — Indikationen des § 218 a.

● Kern der Beratungsregelung ist die verfassungsmäßig ausgestaltete Beratung, deren Ziel und Aufgabe gemäß § 219 StGB die Ermutigung der Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft ist; die Beratung gilt dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie ist deshalb zielorientiert, wertgebunden und ergebnisoffen zu führen. Der Schwangeren ist jede Hilfe in Zusammenarbeit mit allen Stellen anzubieten, die öffentliche und private Hilfen für Mutter und Kind gewähren. Auch im Hinblick auf die Erteilung der Beratungsbescheinigung, die Anerkennung der Beratungsstellen und die Überwachung der Beratungstätigkeit werden die Vor-

Reinhard Göhner, Irmgard Karwatzki und Ursula Männle: Die wesentlichen Grundzüge des Koalitionsge setzentwurfes zum Schutz des ungeborenen Lebens und die Unterschiede zum SPD-Entwurf

schläge des Bundesverfassungsgerichtes übernommen.

- Dem Arzt kommt im Schutzkonzept der Beratungsregelung eine besondere Schutzaufgabe zu. Der Arzt darf einen Abbruch nur dann vornehmen, wenn er ihn für ärztlich verantwortbar hält.

Neben dieser berufsrechtlichen Pflicht ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes einer strafrechtlichen Sanktion zugängig, daß der Arzt sich die Gründe der Frau für ihr Abbruchverlangen darlegen läßt, sich der vorausgegangenen Beratung sowie der Überlegungsfrist vergewissert und ein erneutes dem Lebensschutz dienendes Aufklärungs- und Beratungsgespräch führt. Eine Verletzung dieser Pflicht ist in § 218 c unter Strafe gestellt. Damit wird eine ärztliche Beratung für den Schutz des ungeborenen Lebens sichergestellt. Der abbrechende Arzt kann im übrigen nicht zugleich auch die Beratung im Sinne des § 219 durchführen (§ 218 c Abs. 1 Nr. 4).

- Für Personen aus dem sozialen und familiären Umfeld der Schwangeren, die einen Schwangerschaftsabbruch mitverursachen, wird neben der fortbestehenden Regelung der Nötigung ein zusätzlicher Straftatbestand des § 218 d durchgeführt.

Keine Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung

- Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden bei Schwangerschaftsabbrüchen nach der Beratungsregelung grundsätzlich ausgeschlossen. Bei den nicht rechtmäßigen Abbrüchen trägt die Krankenversicherung lediglich die Kosten der ärztlichen Leistungen vor dem Eingriff, bei Komplikationen während des Eingriffs wie bei komplikationsbedingten Nachsorgeuntersuchungen (§ 24 b SGB V). Für bedürftige Frauen trägt die Sozialhilfe bei nicht rechtmäßigen Schwangerschaftsabbrüchen die Kosten, bei gesetzlich Versicherten wird die Abrechnung der Sozialhilfeleistung entsprechend dem ausdrücklichen Vorschlag des Bundesverfassungsgerichts über die Krankenkasse verfahrensmäßig durchgeführt (Art. 7).

Diese Beratungsregelung unterscheidet sich von einer Fristenregelung vor allem dadurch, daß in der Rechtsordnung das grundsätzliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs gewahrt bleibt, die Pflichtberatung unter staatlicher Verantwortung auf den Schutz des ungeborenen Lebens ausgerichtet ist und neue Straftatbestände für ärztliche Pflichtverletzungen sowie für Personen aus dem familiären und sozialen Umfeld der Schwangeren geschaffen werden.

Von der früheren Indikationsregelung und dem Gesetzentwurf der CDU/CSU aus dem Jahre 1992 unterscheidet sich der jetzige Koalitionsentwurf vor allem dadurch, daß auch bei einem nicht indizierten Abbruch dieser unter den Voraussetzungen der Beratungsregelung straffrei bleibt, die Rechtmäßigkeit des Abbruchs nur in den Fällen der medizinischen, embryopathischen oder kriminologischen Indikation festgestellt werden kann, eine Notlagenindikation entfällt und anstelle der Strafbarkeit des Arztes bei einem nicht indizierten Abbruch neue straf sanktionierte ärztliche Pflichten geregelt werden. Die differenzierte Finanzierungsregelung unterscheidet sich sowohl von allen Vorschlägen zur Fristen- als auch zur Indikationsregelung.

SPD-Entwurf setzt das Urteil nur formal um

Der Gesetzentwurf der SPD genügt den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils nicht. Die SPD hat für ihren Entwurf ausdrücklich erklärt, damit werde versucht, das Urteil nur formal, aber nicht substantiell umzusetzen. Ein solcher Versuch muß scheitern, weil das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich substantielle Änderungen angeordnet hat. Der gravierendste und verfassungsrechtlich besonders schwerwiegende Unterschied ergibt sich bei der Beschreibung

der Ziele und Aufgaben der Beratung im § 219. Die SPD relativiert und neutralisiert erneut das Beratungsziel, weil der Schutz des ungeborenen Lebens und die Eigenverantwortung der Frau gleichgewichtig und gleichrangig genannt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil eine derartig relativierende Formulierung bereits als verfassungswidrig beanstandet.

Die Definition der Beratungsziele im § 219 ist von größter Bedeutung, weil die Anerkennung und Überwachung der Beratungsstellen sich daran ausrichten muß. Bei dieser Zielbestimmung muß der vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich geforderte Vorrang des Schutzes des ungeborenen Lebens auch vor dem Persönlichkeitsrecht der Frau zum Ausdruck kommen. Der Koalitionsentwurf übernimmt deshalb bei der Formulierung des Beratungszieles im § 219 wörtlich die Vollstreckungsanordnung des Bundesverfassungsgerichtes. Der § 219 Abs. 1 des SPD-Entwurfes genügt den Anforderungen der Verfassung nicht.

SPD überläßt bewußt das Beratungsrecht den Ländern

Ein weiterer schwerwiegender Unterschied zu dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen ergibt sich bei der SPD im beratungsgesetzlichen Teil. Hier hat die SPD außerordentlich knapp und dünn die Voraussetzungen für die Anerkennung einer Beratungsstelle aufgeführt, wobei die wichtigste Aussage im SPD-Entwurf lautet: „Die Länder regeln das Verfahren.“ Damit überläßt die SPD — bewußt — das Beratungsrecht dem Landesgesetzgeber. Die CDU/CSU haben demgegenüber stets Wert darauf gelegt, bundeseinheitliche Vorgaben für die Aufgaben, Anerkennung und Überwachung der Beratungsstellen festzulegen.

Mit den umfangreichen Regelungen im Koalitionsentwurf wird dieses Ziel erreicht. Das Bundesverfassungsgericht hat für das Schutzkonzept einer Beratungsregelung detaillierte Bedingungen für die Beratung genannt, die in dem SPD-Gesetzentwurf mithin nicht umgesetzt werden, sondern den Ländern überlassen bleiben.

Der SPD-Entwurf enthält schließlich keinen eigenen Straftatbestand im Hinblick auf die arztrechtlichen Pflichten. Auch diesbezüglich bleibt der SPD-Entwurf hinter den ausdrücklichen Anforderungen des Verfassungsgerichts zurück.

Gravierende Unterschiede bei der Finanzierung

Das gleiche gilt für einen Straftatbestand der Miterusachung eines Schwangerschaftsabbruches durch Personen aus dem familiären und sozialen Umfeld der Schwangeren. Das Bundesverfassungsgericht verlangt aus guten Gründen einen zusätzlichen Straftatbestand. Der Formulierungsvorschlag der SPD zur Nötigung (§ 240) geht über das alte Recht materiell nicht hinaus und betrifft ohnehin nur das Strafmaß.

Schließlich ergeben sich zwischen dem SPD- und dem Koalitions-Entwurf gravierende Unterschiede bei der Finanzierung. Die SPD hat offenbar deshalb ein eigenständiges Leistungsgesetz vorgeschlagen, um im Sozialrecht eine ausdrückliche Unterscheidung zwischen rechtswidrigen und rechtmäßigen Schwangerschaftsabbrüchen zu vermeiden. In dem Leistungsgesetz-Entwurf der SPD wird nämlich sorgsam vermieden, zwischen den durch eine Indikation gerechtfertigten Schwangerschaftsabbrüchen und den rechtswidrigen Abbrüchen zu unterscheiden.

Unser Gesetzentwurf unterscheidet demgegenüber ausdrücklich im Sozialrecht

Generalsekretär Peter Hintze:

CDU will sich an einem Fairneß-Abkommen beteiligen

In Briefen an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, den Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Prof. Dr. Klaus Engelhardt sowie den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Prof. Dr. Karl Lehmann, hat Generalsekretär Peter Hintze die Initiative zum Abschluß eines Fairneßabkommens unterstützt.

Der Brief an Ignatz Bubis hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bubis,

mit Interesse habe ich Ihren vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Engelhardt, unterstützten Vorschlag zur Kenntnis genommen, ein Fairneß-Abkommen der Parteien für die diesjährigen Wahlen abzuschließen. Die CDU

Deutschlands beteiligt sich gerne an einem solchen Abkommen. Ihren Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens der demokratischen Parteien gegen den Rechtsextremismus unterstützen wir mit Nachdruck. Die CDU ist der Auffassung, daß auch gegenüber den Linksradikalen eine gemeinsame Haltung der demokratischen Parteien erforderlich ist.

Sorgfältig beraten

Die Erfahrungen mit dem Fairneß-Abkommen im Wahlkampf 1980 machen es aber notwendig, daß die Modalitäten eines Abkommens ausführlich und sorgfältig beraten werden. Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Vorschläge unterbreiten würden.

**Mit freundlichen Grüßen
Peter Hintze**

und entspricht damit dem verfassungsrechtlichen Erfordernis, außerhalb des Strafrechts in unserer Rechtsordnung diese Unterscheidung zwischen rechtmäßigen und rechtswidrigen Abbrüchen zum Ausdruck zu bringen. Außerdem unterscheiden sich die Finanzierungsregelungen auch dadurch, daß in unserem Gesetzentwurf die Berechnung der Bedürftigkeit beginnt bei einem Nettoeinkommen von 966 DM), während der SPD-Entwurf hier wesentlich höhere Einkommensgrenzen ansetzt.

Während der Koalitionsentwurf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und die Vollstreckungsanordnung möglichst getreu und zum Teil wortgleich in Gesetzesform gießt, versucht die SPD mit ihrem Entwurf eine verfassungsgemäße Regelung zu verhindern. Die SPD wird sich auf Dauer, auch im Bundesrat, einer verfassungsgemäßen Umsetzung nicht widersetzen können. Es nützt dem Schutz des ungeborenen Lebens wenig, wenn in dieser elementaren Frage politischer Streit fortduert. ■

Niedersachsen: Über 50 Prozent der Bürger wollen einen Neuanfang

Die niedersächsische CDU will auch in der heißen Phase des Landtagswahlkampfes ihre „Linie der Argumentation und sachlichen Überzeugungsarbeit“ nicht verlassen und auf Materialschlachten verzichten. Dies erklärten der Landesvorsitzende Josef Stock und Generalsekretär Hartwig Fischer auf einer Pressekonferenz in Hannover.

Gerade aus der Sicht der Städte, Gemeinden und Landkreise gebe es gute Gründe, der derzeitigen rot-grünen Landesregierung unter Leitung von Ministerpräsident Schröder den Laufpaß zu geben.

Stock erinnerte insbesondere an das neue Finanzausgleichsgesetz, das den Gemeinden und Landkreisen im ländlichen Raum 80 Millionen DM zugunsten weniger größerer Städte entziehe. Auch gebe es eine „typisch rot-grüne Regelungswut“, zum Beispiel im Bereich von Kindergärten und Kindertagesstätten, die den Gestaltungsspielraum der Kommunen und freien Träger auf ein Minimum reduziere.

Die CDU in Niedersachsen habe das Wahlziel, so Stock und Fischer, im nächsten Landtag stärkste Fraktion zu werden. Sie gehe von einem Ergebnis „40 plus X“ aus. Dieses sei trotz anderslauender Umfragen im Bereich des Möglichen. Rund 45 Prozent aller Wählerinnen und Wähler hätten sich bisher noch nicht entschieden, welche Partei sie wählen beziehungsweise ob sie überhaupt zur Wahl gehen wollten.

Aber auch über 50 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wollten einen Neuanfang in der niedersächsischen Politik. Ministerpräsident Schröder demonstriere auf überhebliche Weise Selbstsicherheit, er

werde aber am Wahlabend wie nach der Kommunalwahl 1991 und seiner Bewerbung um den SPD-Parteivorsitz erneut „sein blaues Wunder“ erleben.

Die CDU wird in diesem Wahlkampf wesentlich weniger Geld einsetzen als in den vorhergehenden. Insgesamt stehen ca. 4,8 Millionen DM zur Verfügung. Bei der SPD schätzt man den Mitteleinsatz auf ungefähr acht Millionen DM.

Stock und Fischer: „Wir sind die Partei der Argumente, während die SPD die Partei des großen Geldes ist!“ Die CDU-Politiker kritisierten in diesem Zusammenhang auch den schamlosen Einsatz

12 000 Kommunalpolitikerinnen und -politiker, Bürgermeister und Landräte kämpfen für Christian Wulff.

des Staatsapparates durch SPD und Grüne für ihre parteipolitischen Zwecke. Ministerbüros und Pressestellen organisierten einen öffentlich-wirksamen Termin nach dem anderen, die lediglich zum Ziel haben, die Landesregierung in Szene zu setzen. Die Kosten müsse der Steuerzahler aufbringen.

Jeden journalistischen Anspruch vermissen lasse zum Beispiel das NDR-Fernsehen in Hannover. Hier werde ohne Rücksicht auf die Interessen der Zuschauer „schlicht Parteipropaganda“ betrieben. Der Verzicht auf Wahlwerbezeiten seitens SPD und Grünen sei „an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten“.

Umfrage: Frauen politisch interessiert

In „Frau und Politik“ Nr. 6/1993 haben wir das Ergebnis unserer Umfragen veröffentlicht und festgestellt, daß Toleranz, Verantwortung, Pflichtgefühl, Chancengleichheit für Mann und Frau, Freiheit und Unabhängigkeit Werte sind, die im Leben von Frauen eine große Rolle spielen.

Die Befragung von mehr als 1000 Frauen ergab, daß für 4 von 10 Frauen Familie und Kinder wichtig im Leben sind, also der häufig beklagte Werteverlust auf diese Frauen damit nicht zutrifft. Während für die über sechzigjährigen Frauen Redlichkeit, Leistungsbereitschaft, Bewahren von Tradition und Sparsamkeit erstrebenswert sind, sind dies für jüngere Frauen Toleranz, Freiheit, Unabhängigkeit und ein abwechslungsreiches Leben.

Die Umfragen belegen, daß Frauen politisch interessiert sind und auch tatsächlich in hohem Maße politisch oder ehrenamtlich im gesellschaftlichen Bereich engagiert sind, wenn auch nicht immer im parteipolitischen Sinne.

Am stärksten ausgeprägt ist politisches Interesse zwischen dreißig und sechzig Jahren, ebenso die Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement.

Von einer Partei erwarten mehr als die Hälfte der Frauen — zwischen 20 und 45 Jahren sind es sogar zwei Drittel —, daß die Politik sich unter allen Umständen einsetzt für die Erleichterung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. Sie wünschen sich mehr bezahlbare Wohnungen,

Ergebnis der Umfragen der Frauen-Union auf dem Evangelischen Kirchentag und der Top '93, „Messe für Frauen“ im Sommer 1993

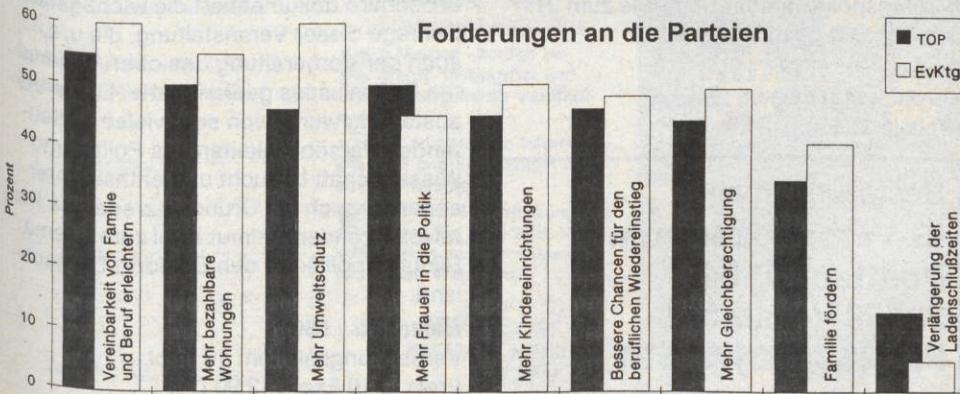
mehr Umweltschutz, mehr Frauen in der Politik, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen — ein Drittel aller Frauen plädiert für mehr Familienförderung.

Wenn Sie an dem ausführlichen Umfrageergebnis interessiert sind, fordern Sie bitte F & P Nr. 6/93 an bei:

**Frauen-Union
Friedrich-Ebert-Allee 73—75
53113 Bonn
Telefon (0228) 54 43 14.**

Forderungen an die Parteien

■ TOP
□ EvKtg



Materialien zur Bildungspolitik

- **Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem**

Beschluß des 4. Parteitages der CDU – *Zukunftssicherung durch Leistung – Verantwortung und Gemeinsinn* –

Erziehung und Ausbildung sind gleichermaßen wesentliche Grundlagen für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wie für die Sicherung des sozialen Zusammenlebens. Unser Bildungssystem hat somit auch eine Gemeinwohlfunktion: Es dient über die Entfaltung der Person und die Bildung der Bürger der Zukunftssicherung von Staat und Gesellschaft. Investitionen in die Bildungspolitik sind deshalb auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Der vorliegende Beschluß vom 4. Parteitag in Berlin ist das Ergebnis einer fast zweijährigen Diskussionsphase, in der sich die CDU bereits eingehend mit Experten, Wissenschaftsinstituten und Verbänden außerhalb der Partei beraten hatte. Dieses erste gesamtdeutsche Bildungsprogramm zeigt deshalb sehr deutlich, mit welchen Konzepten die CDU die Bildungspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gestalten möchte.

Bestell-Nr.: 5729

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (054 23) 4 1521

Wir sichern
 Deutschlands Zukunft

Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem

Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands



- **Zur Verantwortung erziehen. Bildung – Schlüssel zur Zukunft**

lautete das Motto des bildungspolitischen Kongresses der CDU in Wiesbaden. Diese Broschüre dokumentiert die wichtigsten Beiträge dieser Veranstaltung, die u.a. auch der Vorbereitung des oben genannten Beschlusses gedient hatte. Diese Veranstaltung wurde von sehr vielen bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft besucht und enthält unter anderem auch die Grundsatzrede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl zum Thema Bildungspolitik für den Standort Deutschland.

Bestell-Nr.: 5597

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12,90 DM

Materialien zur Schnuppermitgliedschaft

Seit Vorstellung dieser Aktion haben bereits über 100 CDU-Verbände mit einer Gesamtmenge von ca. 150 000 Schnupperfaltkarten Veranstaltungen zur Schnuppermitgliedschaft durchgeführt, und die Tendenz ist weiterhin steigend. Wenn auch Sie in Ihrem CDU-Verband Schnupperaktionen durchführen wollen, dann fordern Sie bei der nachfolgenden Adresse die Bestellunterlagen für Schnupperfaltkarten an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle:

Abt. Öffentlichkeitsarbeit

Friedrich-Ebert-Allee 73—75

53113 Bonn

Fax (0228) 5 44-4 11

Weitere Informationen zum Thema Schnuppermitgliedschaft finden Sie in unserem

Leitfaden zur Mitgliederwerbung

Bestell-Nr.: 6591

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 16,— DM

JA, ich will
»Schnupper-Mitglied« werden.

JA, ich will
gleich **CDU-Mitglied** werden.

Vorname / Name

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

Alter

Unterschrift

Unser Angebot:

Werden Sie »Schnupper-Mitglied«

X 6 Monate - zeitlich be-
grenzt, beitragsfrei und
ohne weitergehende Verpflich-
tung.

X Sie erhalten alle Informatio-
nen und Einladungen - wie
ein CDU-Mitglied.

X Auf allen Veranstaltungen
haben Sie Rederecht, Vor-
schlagsrecht und Mitwirkungs-
recht (kein Wahlrecht).

ZEIT Ergreifen Sie Partei!
MITMACHEN!
CDU



Schnupper-Pin

Die Symbolfigur der Schnuppermitgliedschaft ist auch als Pin erhältlich und wird mittlerweile nicht nur von Schnuppermitgliedern getragen.

Bestell-Nr.: 9594

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 27,50 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Schnuppern Sie mal bei uns ...

CDU



**Unser Angebot: Werden Sie
»Schnupper-Mitglied«**

✗ 6 Monate - zeitlich begrenzt, bei-
tragsfrei und ohne weitergehende
Verpflichtung.

✗ Sie erhalten alle Informationen
und Einladungen - wie ein
CDU-Mitglied.

✗ Auf allen Veranstaltungen haben
Sie Rederecht, Vorschlagsrecht und
Mitwirkungsrecht (kein Wahl-
recht).

Ihr Ansprechpartner:

Diese Wandzeitung dient zur Unterstützung der Schnupper-Mitgliederaktion und kann bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle Abt. Information bezogen werden.

UID

4/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:**
Tel. (02 28) 54 4-421, **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183
(BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504
(BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.